Sperrfrist: 24.10.2017 – 19:45 Uhr

**"25 Jahre nach dem EWR-Nein –
wo stehen wir heute?"**

**Referat öffentliche Veranstaltung PERSPECTIVE CH,
Forum für Weltoffenheit und Souveränität,
24. Oktober 2017, Bärenmattsaal, Suhr AG**

von Christoph Blocher, a. Bundesrat und a. Nationalrat

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

www.blocher.ch

Inhaltsverzeichnis

I.	Die EWR-Abstimmung von 1992	3
II.	Die wichtigste Volksabstimmung des 20. Jahrhunderts	3
III.	Was Rang und Namen hatte auf falschem Weg	4
IV.	Der Abstimmungskampf	4
V.	Der Abstimmungssonntag 6. Dezember 1992	7
VI.	Die Folgen	7
VII.	Bilanz	8
VIII.	Die Schweiz ein europäischer Staat – ausserhalb der EU	9
IX.	Unabhängigkeit und Staatssäulen gefährdet	9
X.	Was ist zu tun?	10
XI.	Der Weg der freien Schweiz in Europa	11

Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder von
PERSPECTIVE Schweiz, dem Forum für Weltoffenheit und Souveränität,
Geschätzte Aargauerinnen und Aargauer,
Getreue, liebe Mitlandleute aus der übrigen Schweiz,
Liebe Frauen und Männer,

I. Die EWR-Abstimmung von 1992

Vor einem Vierteljahrhundert – nämlich am 6. Dezember 1992 – **hat sich die Schweizer Bevölkerung für die schweizerische Unabhängigkeit entschieden und sich gegen die Einbindung der Schweiz in die Europäische Gemeinschaft (EG) – heute EU – ausgesprochen.** Das soll heute gewürdigt werden. Also: Am 6. Dezember 1992 fand die **Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWR)** statt.

(Ich spreche mittlerweile das ganze Wort aus, denn manche in der jüngeren Generation wissen gar nicht mehr, was der "EWR" eigentlich heisst. Nachdem kürzlich nach einem Vortrag eine 20-jährige Frau auf mich zugekommen ist, und mich fragte: "Sie, was heisst denn eigentlich EWR, von dem Sie die ganze Zeit gesprochen haben?", erklärte ich es ihr. Da rief sie ganz erleichtert: „Jäsoo, ich habe immer gerätselt, um welches Elektrizitätswerk es sich hier handeln könnte. EW Romanshorn oder EW Rudolfstetten?“)

II. Die wichtigste Volksabstimmung des 20. Jahrhunderts

Die Schweiz sollte sich mit dem EWR-Vertrag verpflichten, einen Grossteil des geltenden und des künftigen EU-Rechtes unter Ausschaltung des schweizerischen Souveräns zu übernehmen.

Eine fremde Macht – die EU, damals noch EG genannt – sollte unsere Zukunft bestimmen und sagen, was in der Schweiz gilt. EG-Recht sollte Schweizer Recht brechen.

Die EG sollte über die Schweiz bestimmen, wie einst die Engländer in Indien, die Belgier im Kongo, die Deutschen über Namibia und Napoleon anfangs des 19. Jahrhunderts **über die Schweiz** geherrscht haben.

Diesen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum lehnten das Schweizer Volk und die Stände am 6. Dezember 1992 ab.

Damit bestätigte unser Land die Jahrhunderte alte erfolgreiche Devise: **Weltoffenheit in Souveränität ohne politische Verflechtung.** Dieses Resultat war umso eindrucklicher, als alle, die sogenannten "Rang und Namen" hatten, ein Ja zum EWR empfohlen hatten.

Was war passiert?

Nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989, d.h. nach dem Ende des Kalten Krieges, begannen fast alle führenden Leute einzuknicken und die bewährten Werte zu vergessen. Der Kalte Krieg schien zu Ende und sie glaubten, damit sei die Welt eine ganz andere. Nie mehr werde es Kriege geben, Grenzen seien überflüssig. Ein verzagter Bundesrat und ein anpasserisches Parlament glaubten, ein Land wie die Schweiz sei nicht mehr zeitgemäss, und sie wollten darum das Land in diesen Europäischen Wirtschaftsraum drängen und das traditionelle Schweizer Land preisgeben.

III. Was Rang und Namen hatte auf falschem Weg

Noch ein Jahr vor der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 war der Zeitgeist klar für einen solchen verhängnisvollen Weg: Fernsehen, Radio, fast die gesamte Presse, Regierung und Parlament, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Industrie, Gewerbe und selbstverständlich die Hochschulen waren für den EWR. Zwölf Monate vor der Abstimmung prophezeiten Umfragen 80 Prozent Zustimmung zum EWR-Vertrag. **Die Befürworter, darunter viele sog. Experten, sagten für den Fall eines EWR-Neins den Schweizern Armut und den Untergang der Eidgenossenschaft voraus.**

Bei uns Gegnern des Vertrages handelte es sich um standhafte Männer und Frauen, die von der Classe politique als Hinterwäldler verspottet und lächerlich gemacht wurden. Es kam das Wort "Populismus" auf. Erstmals wurden wir Populisten geschimpft.

IV. Der Abstimmungskampf

Ich selbst zweifelte bis zum letzten Tag vor der Abstimmung, ob die Schweiz für den bewährten Weg noch die Kraft habe. **Wagt sie es noch, zur Unabhängigkeit und zum Sonderfall Schweiz Ja zu sagen?** Die nach der Abstimmung über den Uno-Beitritt gegründete Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), die ich präsidierte, setzte sich für dafür ein.

Der damals schon zurückgetretene Nationalrat und frühere Gewerbeverbandsdirektor **Otto Fischer**, der als ehrenamtlicher Geschäftsführer der AUNS amtierte, war leider bereits stark von seiner Krankheit gezeichnet, hatte aber eine grosse Erfahrung im Führen von Abstimmungskämpfen. Er setzte sich vom Morgen bis zum Abend für die Freiheit der Schweiz ein. Otto Fischer und ich hatten das Gefühl, alle gegen uns zu haben. Ich erschrak, **wie schnell die Grundsäulen des Erfolgsmodells Schweiz – die Unabhängigkeit und die Neutralität – zusammenzuberechnen drohten.**

Am 1. August 1991 hätte die Schweiz ihr 700. Gründungsjahr feiern können. Da hörte ich im Autoradio, wie Nationalratspräsident Ulrich Bremi auf dem Rütli dazu aufrief, **"sich für Europa zu öffnen"**. Der freisinnige Bremi spottete im Gespräch mit dem deutschen Wochenmagazin "Der Spiegel": **"Diejenigen, die sich noch auf den Sonderfall berufen, sind die Krise dieses Landes; das sind die gefährlich Verschlafenen, die Selbstzufriedenen."**

Ich konnte es nicht fassen und fuhr neben die Strasse auf einen Platz, um anzuhalten: **"Wie konnte es nur soweit kommen? Haben denn alle Kopf und Herz verloren?"**

Noch heute habe ich die Stimme der Classe politique im Ohr:

- Die **SP-Fraktionschefin** Ursula Mauch – Mutter der heutigen Zürcher Stadtpräsidenten – höhnte vor der Abstimmung, die Schweiz habe die Wahl, **"sich vom Sonderfall endgültig zu verabschieden oder zum Sonderling zu verkommen"**.¹
- Aussenminister René Felber gab vor seinem versammelten Mitarbeiterstab die Devise aus: **"Le mot ‚Sonderfall‘ – je ne veux plus l’entendre."**²
- Am 18. Mai 1992 hat sich der Bundesrat mit vier gegen drei Stimmen entschieden, **in Brüssel ein Gesuch für den EG-Beitritt einzureichen**. Es war ein falscher, aber für den Bundesrat folgerichtiger Entscheid.
- Der Bundesrat wusste natürlich, dass der **EWR-Vertrag eines freien Volkes unwürdig** war. Er hielt dies auch in seiner Botschaft ans Parlament fest und bezeichnete den EWR offen als einen **Zwischenschritt zum EU-Beitritt**.

Wörtlich schrieb er: "Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat."³

- Unser **Bundesrat Adolf Ogi** hat diese Bundesratsbotschaft popularisiert und den EWR-Beitritt als **"Trainingslager" für den EU-Beitritt** bezeichnet.⁴
- Der Abstimmungskampf war auch geprägt von der **Unglaublichkeit unserer Gegner**. Dieselben Politiker, die in der UNO-Frage eben noch in unseren Reihen gestanden waren, fanden nun die Unabhängigkeit, Neutralität und Selbstbestimmung, die in der Schweizerischen Bundesverfassung verankert sind und auf die auch viele unserer Widersacher den Eid abgelegt hatten, plötzlich nicht mehr so wichtig.

¹ Markus Schär: Es ist gut, Schweizer zu sein, in: «Die Weltwoche» Nr. 50, 11.12.2014, S. 25.

² Bekenntnis zum Sonderfall: NZZ vom 16.11.2007 über die Erinnerungen des Diplomaten Paul Widmer

³ Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, 18.5.1992, S. 59.

⁴ Erfolgsstory aus Kandersteg, Adolf Ogi im Interview mit Matthias Ackeret. In: „persönlich“, 1.7.2012.

- Staatsrechtsprofessor **Daniel Thürer**, der gut ein Jahr vor der Abstimmung in wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit den EWR-Vertrag noch als **"unausgewogen"** bezeichnet und „**hegemoniale Züge**“⁵ festgestellt hatte, lobte diesen nun plötzlich über den grünen Klee. Auch andernorts wurde die Wissenschaft plötzlich politisch infiziert und durch die in Mode gekommene, oberflächliche und überschätzte Internationalität geblendet. Unsere Seite führte zunächst eine amateurhafte Kampagne.

Bis zum Schluss hatten wir kein Werbe- oder PR-Büro. Jeden Sonntagnachmittag bastelten wir Inserätchen für die kommende Woche: **"EWR-Nein! Die Leute sollen es jeden Tag lesen müssen"**, erklärte Otto Fischer. Wir beide hielten vom Sommer bis zum 6. Dezember 1992 fast 200 Referate gegen den EWR.

Mit der Zeit erkannten immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Unmöglichkeit des EWR-Vertrages. Privatpersonen und spontan gebildete Bürger-Komitees erhoben sich plötzlich. Einfache Frauen und Männer wehrten sich für ihre Rechte. Viele verteilten auf eigene Faust Flugblätter von Haus zu Haus. Es gab Leute, die 5, 10 und 20 Franken aus ihrem knappen Einkommen und ihren täglichen Ersparnissen für selbstgemachte Inserätchen in ihrer Lokalzeitungen ausgaben. Die **Mobilisierung war einmalig**.

Ende Sommer merkten wir im Hauptabstimmungskomitee der AUNS, dass wir von den Gegnern inzwischen durch die ununterbrochene Verunglimpfung so verdreckt dastanden, dass zunehmend **Bürger, die "eigentlich auf unserer Seite" standen**, erklärten, zu solch verdreckten Leuten mit einem solchenschlechten "Image" wollten sie nicht gehören. Sie bekamen Angst um ihr eigenes "Image" und ihren gesellschaftlichen Ruf.

So waren wir überglücklich, dass der damalige **Nationalrat Walter Frey ein weiteres Komitee gegen den EWR-Beitritt gründete**, das eine etwas feinere Klinge und eine gepflegtere Sprache führte. Ich nannte es das „**Salon-Komitee**“. Wir baten ihn sogar, sich zwar nicht in der Sache, aber im Stil und Ton etwas von uns zu distanzieren. Dieses Komitee hat viel geholfen.

Andere Gruppierungen entstanden.

Genannt sei hier der ausgezeichnete **Aargauer Unternehmer Otto Suhner**. Er gründete ebenfalls ein weiteres Unternehmerrkomitee. Ich erinnere mich: Noch am Freitag vor dem Abstimmungssonntag erschien von Otto Suhner ein Inserat in der „Neuen Zürcher Zeitung“ mit dem Titel „**Selbstvertrauen statt Resignation; für Freiheit und Selbstbestimmung, für sichere Arbeitsplätze und sichere Renten, für eine souveräne, weltoffene Schweiz**“. Unterschrieben haben neben Otto Suhner die Inhaber der Firma Rausch, Alexander Baumann, der Firma Victorinox, Carl Elsener, und weiter Charles Vögele und Walter Reist.⁶

⁵ Daniel Thürer im Mai 1991 in der „Neuen Zürcher Zeitung“, zitiert nach Somm (2009), S. 283.

⁶ NZZ Nr. 283, 4.12.1992, S. 16.

Am 2. Dezember 1992, also vier Tage vor der Abstimmung, inserierten Otto Suhner und zahlreiche Unternehmerkollegen folgenden Text veröffentlicht: - **"Mit Drohungen in den EWR?"** Weiter stand da wörtlich: **"Mit massiven Drohungen wollen uns einige Funktionäre und Manager von Grossunternehmen in den EWR und dann in die EG hineinzwängen. Warum? Offensichtlich wollen sie über die offene Grenze billige ausländische Arbeitskräfte hereinholen. Schweizerinnen und Schweizer werden dann auf der Strasse stehen. Mehr Arbeitslose und tiefere Löhne werden die Folge sein."**⁷ Haben Otto Suhner und seine Kollegen schon vorausgesehen, was nach Einführung der Personenfreizügigkeit in der Schweiz im 21. Jahrhundert wirklich geschehen ist und täglich noch immer geschieht?

V. Der Abstimmungssonntag 6. Dezember 1992

Endlich, am Abend des 6. Dezember 1992, stand das Resultat fest – fast 80 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer nahmen an der Abstimmung teil. Eine **knappe Mehrheit von 50,3 Prozent** und eine **klare Mehrheit der Kantone** – darunter sämtliche Deutschschweizer (ausser die beiden Basel) Kantone lehnten den EWR-Beitritt ab. **Die Schweiz sprach sich damit klar für die Unabhängigkeit aus.**

Ohne die vielen einsatzfreudigen Bürger, ohne die zahlreichen gegnerischen Komitees – meine Damen und Herren – wäre es nicht gelungen, diesen Jahrhunderterfolg zu erreichen.

VI. Die Folgen

Der Abstimmungssonntag schüttelte die Schweiz durch. Die Unterlegenen konnten das Ergebnis nicht annehmen. Der Bundesrat sprach vom **"dimanche noir"**.⁸ Der "Tages-Anzeiger"⁹ forderte eine neue Abstimmung, denn die Schweizer hätten eigentlich das Gegenteil gewollt. Und – das ist die Tragik – Bundesrat, Parlament und Bundesverwaltung haben das Resultat bis heute nicht anerkannt. Sie hielten über zwanzig Jahre lang am offenen Beitrittsziel fest und danach nicht mehr offen, aber im Stillen bis heute.

Die Schweiz fiel 1990 – also noch während der EWR-Abstimmung - nach den konjunkturell überhitzten Jahren in eine wirtschaftliche Rezession. Die offizielle Schweiz und untüchtige Unternehmer versuchte dies in stupider Weise mit dem fehlenden EWR-Vertrag zu begründen. In aller Eile versuchten sie, bilaterale Verträge zwischen der Schweiz und der EU auszuhandeln. An die Spitze unserer Verhandlungsdelegationen stellten sie ausgerechnet den entschiedensten EU-Beitrittsbefürworter, **Staatssekretär Jakob Kellenberger.**

⁷ NZZ Nr. 281, 2.12.1992, S. 28.

⁸ Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz an der Medienkonferenz des Bundesrates am 6. Dezember 1992, <https://www.rts.ch/archives/tv/information/tj-midi/3440753-un-dimanche-noir.html>

Die Absicht war unverkennbar: **Die bilateralen Verträge sollten nicht geschlossen werden, um das "Draussenbleiben" zu verbessern, sondern, um später einen EU-Beitritt zu erleichtern.**

So paukte man die Bilateralen I – ein Paket von sechs Verträgen – nur unter grössten Falschversprechen und Lügen durch die Volksabstimmung. Dies galt vor allem für das folgenreiche **Personenfreizügigkeitsabkommen** und später für **Schengen/Dublin.**

Dabei wurden die sechs Verträge der sogenannten Bilateralen I durch eine sogenannte Guillotineklausel verknüpft. Die Kündigung eines einzelnen Vertrages sollte die Beendigung aller Verträge zur Folge haben. Das war ein klarer Wunsch der EU, damit das Schweizer Volk faktisch kaum mehr einzelne Verträge kündigen konnte.⁹ Das Schweizer Volk und die Kantone versuchten später zu korrigieren und haben am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Doch Bundesrat und Parlament weigern sich bis heute, diesen Verfassungsartikel durchzusetzen.

VII. Bilanz

Ein Vierteljahrhundert nach der entscheidenden Volksabstimmung über den EWR/EU-Beitritt kann man Bilanz ziehen:

All die Untergangsszenarien der offiziellen Schweiz für eine Schweiz "im Alleingang" – wie man dies nannte – sind ausgeblieben. Im Gegenteil:

Im Vergleich mit anderen Ländern – das ist heute Gemeingut – **geht es der Schweiz deutlich besser. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und bezüglich Lebensqualität und Frieden.**

Wo liegt der Grund für die deutlich bessere Situation? Er ist bald gefunden:

In der Schweizer Verfassung werden **die Interessen der eigenen Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt gestellt. Die Schweiz legt seit Jahrhunderten einen besonderen Wert auf die Souveränität, Eigenständigkeit, Selbstbestimmung, dauernde Neutralität, Freiheit, Föderalismus, Weltoffenheit und ist dem Grundsatz – zunehmend leider nur noch grundsätzlich – der freien Marktwirtschaft verpflichtet.** Ein nicht zu unterschätzender Vorteil – auch wirtschaftlich – ist die **direkte Demokratie**: Die Bürger entscheiden direkt über ihre Zukunft.

So ist die Schweiz trotz natürlicher Armut eines der reichsten Länder überhaupt geworden, begehrt für Einwanderer aus der ganzen Welt. Leider wird diese wirtschaftliche Stärke gebremst durch das **Personenfreizügigkeitsabkommen**, und **den Larifari in der Asylpolitik.** Durch all diese "Öffnungsentscheidungen" vermindert sich die traditionell hohe Produktivität, werden die Sozialausgaben massiv

⁹ Jakob Kellenberger: Wo liegt die Schweiz? Gedanken zum Verhältnis CH – EU, Zürich 2014, S. 213

in die Höhe getrieben, und zunehmend wird der freie Arbeitsmarkt eingeschränkt oder ausgeschaltet.

VIII. Die Schweiz ein europäischer Staat – ausserhalb der EU

Die Schweiz liegt – wir haben das schon in der Primarschule gelernt – **geografisch mitten in Europa**. Und Europa zählt über **40 Staaten**. Der EU gehören deren 28 – in zwei Jahren werden es noch 27 Staaten sein.

Warum gehört die Schweiz der EU nicht an? Es ist einfach: **Weil die soeben genannten Staatssäulen, die die Stärke der Schweiz ausmachen, geschwächt und zum Teil vernichtet würden.**

IX. Unabhängigkeit und Staatssäulen gefährdet

Doch leider haben die Verlierer des 6. Dezember 1992, also die ganze Classe politique, den Volksentscheid vom 6. Dezember 1992 nie akzeptiert. Die **schweizerischen Staatssäulen und mit ihnen die Schweiz sind gefährdet!** Nicht von aussen, sondern von innen! Nach wie vor arbeiten Verwaltung, Bundesrat und Parlament, namentlich auch Gewerkschaften und Grossunternehmen mit ihren ausländischen Managern an einer Anpassung ans Ausland und wollen die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU durch einen **institutionellen Vertrag** festlegen, der **Rahmenvertrag** heisst. Doch dieser führt schlussendlich zum EU-Beitritt!

Wer Augen hat, der sehe: Es sind kleingläubige, eingeschüchterte oder selbstsüchtige Politiker, treulose Staatsbeamte und Manager, die kaum bis zur eigenen Nasenspitze, aber umso mehr aufs eigene Portemonnaie, vor allem bis zum nächsten Bonus zu blicken vermögen!

Meine Damen und Herren, es gilt, diesen Irrweg zu unterbinden. Wir stehen wieder – wie vor 25 Jahren – am Anfang des Kampfes für Unabhängigkeit, weil die Classe politique das Gegenteil will.

Rufen wir uns in Erinnerung:

- 2011 legte der Zürcher Staatsrechtler Daniel Thürer ein vom Bundesrat bestelltes Gutachten vor. **Dieses Gutachten ist eine Anleitung, wie man die Schweiz ohne Volksabstimmung in die EU führen kann. Das EU-Recht soll einfach über das schweizerische Recht gestellt werden, genau wie es der von Volk und Ständen abgelehnte EWR-Vertrag 1992 vorsah und wie es – in noch viel weiterem Rahmen – der beabsichtigte Rahmenvertrag vorsieht.** Dieses Gutachten trägt den harmlosen Titel **«Gutachten über mögliche Formen der Umsetzung und Anwendung der bilateralen Abkommen»**.¹⁰ Und bis heute handeln Verwaltung und Bundesrat nach diesem Muster.

¹⁰ Siehe Albigüetli-Rede 2013.

- Am **21. Dezember 2012** richtete der Präsident der EU-Kommission ein **Schreiben an die Schweiz**, in dem er klar und deutlich **die institutionelle Integration bei Rechtssetzung und Rechtsprechung verlangte**. Dies ist die **Aufforderung zum "EU-Beitritt auf Samtpfoten"**.¹¹
- Der Bundesrat erklärte sich hierauf in einem **Verhandlungsmandat** bereit, **den Forderungen aus Brüssel zu entsprechen**. Gemäss Bundesrat soll die Schweiz demnach die „dynamische“ Übernahme von EU-Recht (und damit von **fremdem Recht**) **akzeptieren und den Europäischen Gerichtshof** (und damit **fremde Richter**) als massgebende Instanz akzeptieren, und sie soll Hand zu **Strafen, Sanktionen, genannt „Ausgleichsmassnahmen“**, bieten, wenn die Schweizer etwas anderes wollen.
- Anfangs der laufenden Legislatur und erneut in diesem Sommer verlangte die SVP-Fraktion, dass das Parlament den Wunsch des Bundesrates, einen Rahmenvertrag zu beschliessen, ablehne. Die SVP unterlag! **Alle anderen Fraktionen wollen diesen Unterjochungsvertrag**.
- Ein solcher Rahmenvertrag wird mittlerweile **neben den Linken auch von der Economiesuisse, der Bankiervereinigung und von der NZZ unterstützt**.

Generell ist zu bemerken, dass **im Bundesrat und im Parlament eine grosse Angst besteht, dass das Schweizer Volk einen solchen Rahmenvertrag ablehnen wird!** Darum versucht man durch dauernd neue Verschleierungen den Vertrag umzudeuten und den Inhalt zu vertuschen. Zumindest haben unser Widerstand und unsere Entschlossenheit, den Vertrag in einer Volksabstimmung zu bekämpfen, dazu geführt, **dass das ganze etwas auf Eis gelegt wurde**.

Sicher ist, dass heute Verwaltung, Bundesrat und Parlament wesentlich **unehrlicher und hinterhältiger argumentieren werden als vor 25 Jahren**. Damals gab der Bundesrat in seiner Botschaft ans Parlament klar zu, dass ein EWR ohne späteren EU-Beitritt keine Lösung darstellt. Solche staatspolitische Korrektheit wird im landesverräterischen Milieu, das zurzeit in Bern herrscht, unterbleiben.

Auch hört man bereits, **dass man nicht gedenkt, den Rahmenvertrag – im Gegensatz zum EWR–Vertrag – dem obligatorischen Referendum zu unterstellen!** Ein Vertrag, der Verfassungsrang hat, soll nicht dem obligatorischen Referendum unterstellt werden?

Hier wäre noch der letzte Beweis erbracht, wie derzeit Verwaltung – und wohl an der Spitze auch das Bundesamt für Justiz – rechtsbrecherisch handeln.

X. Was ist zu tun?

- **Bis zum Abstimmungskampf** sind alle erdenklichen **parlamentarischen Abwehrmassnahmen** zu ergreifen.
- Im Parlament ist das **obligatorische Referendum zu verlangen**, und diejenigen, die diese Selbstverständlichkeit ablehnen, müssen an den Pranger gestellt werden.
- Das Motiv der Befürworter ist klar zu benennen.

¹¹ Siehe Albigüetli-Rede 2014.

XI. Der Weg der freien Schweiz in Europa

Wir brauchen diesen Vertrag nicht!

Der Weg einer freien Schweiz mitten in Europa ist einfach. Wir gehen den **bewährten Weg**, d.h. **wir pflegen mit allen Ländern der Welt freundschaftliche Beziehungen**. Die Grenze dieser freundschaftlichen Beziehungen **sind die schweizerische Unabhängigkeit, die schweizerische Neutralität sowie die Rechte von Volk und Ständen!**

Aktuell heisst dies:

- **Kein EU-Beitritt!**
- **Keine Verträge, die die Handlungsfreiheit der Schweiz einschränken.**
- **Keine Ankettung an die EU durch einen Rahmenvertrag.**
- **Keine Neuauflage des EWR.**
- **Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.**
- **Nein zur Personenfreizügigkeit – d.h. Ja zur Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative).**

All dies kann – wie 1992 vorgemacht – nur durch entschiedenen Widerstand der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Dazu braucht es wie vor 25 Jahren jeden einzelnen Bürger.

Ich zähle auf Sie!